

Er scheint mit Ausnahme des Sonntags täglich. Kosten für das halbe Jahr 6 fl., das Vierteljahr 3 fl., ein Monat 1 fl. Mit Postverendung: Im Inland: vierteljährig 4 fl. 5. B. B. Im Ausland: vierteljährig 5 fl. Redakteur u. Eigenthümer: Th. Steinhausen.

# Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

# Siebenbürger Boten.

Inserate aller Art werden in der Steinhausen'schen Buchdruckerei angenommen; für die erste Zeile des Tages 10 Kreuzer, für die zweite 8 Kreuzer, für die dritte 6 Kreuzer, für die vierte 4 Kreuzer, für die fünfte 3 Kreuzer, für die sechste 2 Kreuzer, für die siebente 1 Kreuzer, für die achte 1 Kreuzer, für die neunte 1 Kreuzer, für die zehnte 1 Kreuzer, für die elfte 1 Kreuzer, für die zwölfte 1 Kreuzer, für die dreizehnte 1 Kreuzer, für die vierzehnte 1 Kreuzer, für die fünfzehnte 1 Kreuzer, für die sechzehnte 1 Kreuzer, für die siebenzehnte 1 Kreuzer, für die achtzehnte 1 Kreuzer, für die neunzehnte 1 Kreuzer, für die zwanzigste 1 Kreuzer, für die einundzwanzigste 1 Kreuzer, für die zweiundzwanzigste 1 Kreuzer, für die dreiundzwanzigste 1 Kreuzer, für die vierundzwanzigste 1 Kreuzer, für die fünfundzwanzigste 1 Kreuzer, für die sechsundzwanzigste 1 Kreuzer, für die siebenundzwanzigste 1 Kreuzer, für die achtundzwanzigste 1 Kreuzer, für die neunundzwanzigste 1 Kreuzer, für die dreißigste 1 Kreuzer, für die einunddreißigste 1 Kreuzer, für die zweiunddreißigste 1 Kreuzer, für die dreiunddreißigste 1 Kreuzer, für die vierunddreißigste 1 Kreuzer, für die fünfunddreißigste 1 Kreuzer, für die sechsunddreißigste 1 Kreuzer, für die siebenunddreißigste 1 Kreuzer, für die achtunddreißigste 1 Kreuzer, für die neununddreißigste 1 Kreuzer, für die vierzigste 1 Kreuzer, für die einundvierzigste 1 Kreuzer, für die zweiundvierzigste 1 Kreuzer, für die dreiundvierzigste 1 Kreuzer, für die vierundvierzigste 1 Kreuzer, für die fünfundvierzigste 1 Kreuzer, für die sechsundvierzigste 1 Kreuzer, für die siebenundvierzigste 1 Kreuzer, für die achtundvierzigste 1 Kreuzer, für die neunundvierzigste 1 Kreuzer, für die fünfzigste 1 Kreuzer, für die einundfünfzigste 1 Kreuzer, für die zweiundfünfzigste 1 Kreuzer, für die dreiundfünfzigste 1 Kreuzer, für die vierundfünfzigste 1 Kreuzer, für die fünfundfünfzigste 1 Kreuzer, für die sechsundfünfzigste 1 Kreuzer, für die siebenundfünfzigste 1 Kreuzer, für die achtundfünfzigste 1 Kreuzer, für die neunundfünfzigste 1 Kreuzer, für die sechzigste 1 Kreuzer, für die einundsechzigste 1 Kreuzer, für die zweiundsechzigste 1 Kreuzer, für die dreiundsechzigste 1 Kreuzer, für die vierundsechzigste 1 Kreuzer, für die fünfundsechzigste 1 Kreuzer, für die sechsundsechzigste 1 Kreuzer, für die siebenundsechzigste 1 Kreuzer, für die achtundsechzigste 1 Kreuzer, für die neunundsechzigste 1 Kreuzer, für die siebenzigste 1 Kreuzer, für die einundsiebzigste 1 Kreuzer, für die zweiundsiebzigste 1 Kreuzer, für die dreiundsiebzigste 1 Kreuzer, für die vierundsiebzigste 1 Kreuzer, für die fünfundsiebzigste 1 Kreuzer, für die sechsundsiebzigste 1 Kreuzer, für die siebenundsiebzigste 1 Kreuzer, für die achtundsiebzigste 1 Kreuzer, für die neunundsiebzigste 1 Kreuzer, für die siebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die einundsiebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die zweiundsiebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die dreiundsiebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die vierundsiebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die fünfundsiebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die sechsundsiebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die siebenundsiebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die achtundsiebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die neunundsiebenundachtzigste 1 Kreuzer, für die siebenundneunzigste 1 Kreuzer, für die einundachtundneunzigste 1 Kreuzer, für die zweiundachtundneunzigste 1 Kreuzer, für die dreiundachtundneunzigste 1 Kreuzer, für die vierundachtundneunzigste 1 Kreuzer, für die fünfundachtundneunzigste 1 Kreuzer, für die sechsundachtundneunzigste 1 Kreuzer, für die siebenundachtundneunzigste 1 Kreuzer, für die achtundachtundneunzigste 1 Kreuzer, für die neunundachtundneunzigste 1 Kreuzer, für die neunzigste 1 Kreuzer, für die einundneunzigste 1 Kreuzer, für die zweiundneunzigste 1 Kreuzer, für die dreiundneunzigste 1 Kreuzer, für die vierundneunzigste 1 Kreuzer, für die fünfundneunzigste 1 Kreuzer, für die sechsundneunzigste 1 Kreuzer, für die siebenundneunzigste 1 Kreuzer, für die achtundneunzigste 1 Kreuzer, für die neunundneunzigste 1 Kreuzer, für die hundertste 1 Kreuzer.

Abonnements-Bureau: In Mediasch bei Herrn Joh. Hedrich; in Schäßburg bei Herrn C. J. Habersang, Buchbändler; in Szasz-Regen bei Herrn J. G. Rinn, Kaufmann; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mählbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in M. Vajarsch bei Herrn J. Wittich's Buchbändler; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchbändler; in Bistritz bei Herrn C. Schell, Lehrer, wofür die Abonnements-Beiträge franco erbeten werden.

Nr. 256.

Sermannstadt, Dienstag am 27. Oktober

1868

### Einladung zur Pränumeration

auf dieses Blatt, pro November und Dezember.  
in loco: mit Postverendung für Auswärtige  
2 fl. — fr. 2 fl. 67 fr.  
Sermannstadt, 27. Oktober 1868.  
Redaktion und Verlag  
Theodor Steinhausen.

### Amtliches.

(Kunstschriften des Justizministers an alle Jurisdiktionen Ungarns und Siebenbürgens in Betreff der Abführung der zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe verurtheilten Sträflinge in die Landes-Strafanstalten.) Manche Jurisdiktionen halten die zu einem längeren Freiheitsverlust verurtheilten Sträflinge in ihren von Untersuchungsbehörden ohnehin überfüllten Gefängnissen zurück, wodurch häufig die moralische Verschlechterung der noch weniger Verbothenen und der Ausbreitung ansteckender Seuchen verursacht wird; zu wiederholten Malen wurde nach wahrgenommen, daß die Jurisdiktionen bei dem Transport der Sträflinge in die Landes-Strafanstalten von einander abweichende Anordnungen treffen, weshalb zur Erzielung eines gleichförmigen Verfahrens folgende Vorschriften zu beobachten sein werden:

Wenn die Kommune einen auf länger als ein Jahr zu einer Freiheitsstrafe verurtheilten Sträfling in eine Landes-Strafanstalt aufgenommen wünscht, hat sie dies, längstens binnen zehn Tagen nach Erhebung des Urtheils zur Rechtskraft, hierher anzumelden, und unter Einem die genaue ausgefüllte Anzeigetabelle des Betreffenden, ferner die Kopie des zur Rechtskraft erpöbten Urtheils, beziehungsweise im Falle einer stattgefundenen Appellation die Kopie der von allen drei Gerichten gefällten Urtheile und — falls dieselben nicht in ungarischer Sprache abgefaßt sein sollten — zugleich deren beglaubigte ungarische Uebersetzung, endlich den ärztlichen Befund über den Gesundheitszustand des Sträflings anher einzuwenden.

Nach erfolgter Anmeldung wird unter Rückschuß der beigelegten Dokumente die betreffende Jurisdiktion davon benachrichtigt werden, welche Landes-Strafanstalt zur Aufnahme des abzuführen den Sträflings designirt wurde.

Der Transport des Sträflings ist unter der nöthigen sicheren Bedeckung, doch unter Vermeidung der Anlegung allzu schwerer Eisen, welche sich häufig gesundheitschädlich erwiesen haben, ohne weiteren Aufschub zu bewerkstelligen außer wenn eine mittlerweile eingetretene Krankheit dies verhindern sollte.

Dem Führer der mit der Abführung betrauten Sicherheitsmannschaft sind die oberwähnten Urkunden, gleichzeitig mit dem Sträfling, beizubringen, an den Direktor der Strafanstalt um so mehr zu übergeben, als wenn dieselben fehlen sollten, der Sträfling, der mit 1. November l. J. in Kraft tretenden Vorschriften gemäß, in die Landes-Strafanstalt nicht mehr angenommen werden würde. — Pest, 18. Oktober 1868.

Zum k. Oesfallsgerichte in Klausenburg wurden zu Beisitzern ernannt  
Julius Szentivanyi und J. Dobolai.

### Sitzungen der sächsischen Nations-Universität.

Sermannstadt, 26. Oktober.

Beginn der heutigen Sitzung: 9 1/2 Uhr Vormittags.  
Vorsitzender: der prov. Herr Comes und k. ungarische Sektionsrath, Marij Conrad.

Schriftführer: Universitäts-Notar, Karl Schneider.  
Nach Verlesung, Richtigstellung und Verifizierung des Protokolles über die jüngste Sitzung vom 13. Oktober l. J. wird zur Tagesordnung geschritten.

Dr. Lindner (Keps) referirt über die Note des hiesigen Obergerichtes in Angelegenheit der von der bestehenden siebenbürgischen Hofkanzlei dem Maros-Vajarschler Strafgerichte in Fällen von Verfälschungen öffentlicher Kreditpapiere für ganz Siebenbürgen eingeräumten ausschließlichen Kompetenz, über welche die Verhandlung mit Beschluß vom 23. Sept. l. J. auf drei Wochen vertagt wurde — und beantragt, in Erwägung, daß die reichspräsidentlichen Beschlüsse über die Gerichtsorganisation in baldiger Aussicht stehen, die Note einfach zur Kenntniß zu nehmen und zur Tagesordnung überzugehen.

Räthner (Sermannstadt) kann sich mit dem Antrage des Referenten nicht einverstanden erklären. Der betreffende Hofkanzleibeschluß enthalte einen Eingriff in das gesetzliche sächsische Municipalrecht. Es ist die Pflicht der Nationsuniversität gegen solche Eingriffe Einsprache zu erheben; er vermag nicht einzusehen, warum gerade das Maros-Vajarschler Strafgericht eine ausschließliche Kompetenz haben sollte; auch sei nicht abzusehen, warum die neue Gerichtsorganisation eingeführt und wann die noch bestehende Strafprozessordnung durch eine andere ersetzt werden soll; er stelle somit den Gegenantrag, es sei an das k. ungarische Justizministerium wegen Abstellung dieses Ausnahmestandes eine Vorstellung zu richten. Sollte sein Antrag zum Beschlusse erhoben werden, so werde er den bereits eingereichten Entwurf zu der beantragten Vorstellung vorlesen.  
Baron Bedeus (Sermannstadt) spricht für den Gegenantrag. Die Mitdeputirten und bezeichnet unter mehreren Gründen hiefür auch

den, daß dadurch dem konstitutionellen Ministerium Anlaß geboten werde, den Fehler der einseitigen Hofkanzlei zu corrigiren.

Schuler-Libloy (Mediasch) kann dem Referenten in der Ansicht, die Angelegenheit angeht, der erwarteten Gerichtsorganisation auf sich beruhen zu lassen, nicht beistimmen. Er sehe einen Grund für die ausnahmsweise Kompetenz des Maroser Strafgerichtes weder in der vormärzlichen noch in dem gegenwärtigen Instanzzuge. Vor dem Jahre 1848 wurden die Hofvertrathsprozesse, unter welchen auch die Verfälschung von öffentlichen Kreditpapieren oder die Falschmünzerei subsumirt war, vom Fiskaldirektor bei der k. Gerichtstafel anhängig gemacht. Nach dem Hofkanzleibeschlusse ist aber nicht dieses Forum, sondern das Maroser Strafgericht besizigt. Zwischen diesem Gerichte und der k. Gerichtstafel sei aber eben so ein großer Unterschied wie zwischen demselben und dem für diese Fälle kompetent gewesenen Landesgerichte; denn das Maroser Strafgericht ist lediglich ein Municipalgericht wie jedes andere erster Instanz im Lande. Es könnte vielleicht geltend gemacht werden, das Verbrechen der Kreditpapierverfälschung dürfte zu gleicher Zeit in verschiedenen Jurisdiktionen von Complicen einer und derselben Fälscherbande begangen werden, und in solchem Falle müßte unter den verschiedenen Jurisdiktionen ein Kompetenzstreit entstehen; allein auch dieser Grund ist nicht stichhältig, weil in diesem gegebenen Falle der oberste Gerichtshof ein Gerichte delegiren kann. Für die Exklusivität zu Gunsten des Maroser Gerichtes spreche auch nicht die Größe der Stadt Maros-Vajarsch, weil die betreffenden Fälschungen eher in größeren Städten, wie Kronstadt, Sermannstadt, Klausenburg vorkommen können; er stimme demnach für den Antrag Räthner's.

Langer (Kronstadt). Die Jurisdiktionsrechte der sächsischen Nation sind durch das Andreanische Privilegium und den 13. Gesezartikel vom Jahre 1791 normirt. Das Hofdekret vom 26. Juli 1866 verlegt unsere Rechtsstellung und fann dem 8. Gesezartikel vom Jahre 1791 gegenüber, nicht zufolge die executive potestas in sensu legum exercenda est, nicht zu Recht bestehen. Das vorerwähnte Hofdekret ist eine Ueberschreitung der durch obigen Gesezartikel angewiesenen Kompetenz, da gesetzlich eine Beschränkung der Jurisdiktions-Besugnisse der sächsischen Nation nur durch C. E. III. 13 1 und in der durch P. 2 der Accorda vom 7. April 1693 abgeänderten Form normirt wurde. Er erkläre sich daher für die Wahrung der sächsischen Jurisdiktionsrechte in einer an das k. u. g. Justizministerium zu richtenden Vorstellung.

Dr. Lindner kann sich durch die gegen seinen Antrag vorgebrachten Ansichten nicht bestimmen lassen, von seinem Antrag abzusehen, umso weniger, als die endgiltige Zuweisung der besprochenen Fälle an irgend ein Forum ohnehin in das Ressort der Reichslegislation falle.

Bei der Abstimmung wird der Gegenantrag Kästner's mit 16 gegen 4 Stimmen angenommen.

Räthner verliest hierauf den fertigen Entwurf zu der soeben beschlossenen Vorstellung.

Schuler-Libloy beantragt in Erwägung, daß die Angelegenheit nicht von politischer Wichtigkeit sei, deren Entscheidung lediglich vom Ministerium abhängt und weil endlich dadurch Zersplitterung erzielt wird, die en bloc-Aannahme des gegebenen Entwurfes.

Maager (Kronstadt) kann nach einmaligem Anhören nicht für die en bloc-Aannahme stimmen. In einer an die Regierung zu richtenden Eingabe müßte man jedem in derselben vorkommenden Ausdruck ins Gesicht sehen; er beantrage demnach, den Entwurf entweder aufzulösen, damit die Deputirten den Inhalt genau kennen lernen, oder eventuell die Zuweisung derselben an einen Ausschuß.

Baron Bedeus ist auch dafür, daß der Entwurf früher aufgelegt und sodann in nächster Sitzung darüber Beschluß gefaßt werde.

Schuler will seinen Antrag nur so verstanden haben, daß es im Falle, als die Sache einfach vorliege und mit der Politik in keinem Zusammenhange stehe, sondern lediglich im Administrativwege solche Ausnahmen aufgehoben werden sollen, welche nicht im Einklang mit dem bestehenden Geseze ständen, will seinen Antrag, den er nur im Interesse schneller Gesezverordnungen gestellt habe, alsbald zurückziehen, sobald nur irgend ein Bedenken gegen das vorgelegene Schriftstück obwale, da Jedem das Recht eigener Ueberszeugung gewahrt werden müsse und unterläßt deshalb jenen Antrag Maager's, welcher für das „Auflegen“ bis zur nächsten Sitzung gestellt wurde.

Dobó (Broos) erhebt eine Einwendung gegen den im Entwurfe gebrauchten Ausdruck „Sachsenland“ und wünscht denselben mit der Bezeichnung „fundus regius“ ersetzt zu wissen.

Maager zieht hierauf den eventuellen, auf die Zuweisung an einen Ausschuß bezüglichen Theil seines Antrages zurück, worauf der erste Theil seines Antrages angenommen wurde.

Kaufmann (Großschön) referirt über einen, noch mit Bezug auf den vorigen Konflikt erstatteten Bericht des Schäßburger Magistrates in Angelegenheit der Verifizierung der Schäßburger Abgeordneten.

Der Antrag des Referenten, diesen Bericht dem Siebenbürgischen Ausschusse zur Gebrauchnahme mitzutheilen, wird einhellig angenommen.

Klein (Bistritz) erstattet Bericht über die vom Ministerium des Innern unterm 15. Mai l. J. erlassene Erledigung\*) auf die von der Nationsuniversität in Angelegenheit der Pensionirung des Comes Conrad Schmidt allerhöchsten Orts unterbreitete Repräsentation vom 28. Februar l. J. und beantragt im Hinblick auf die Wichtigkeit der Sache und auf den diese Erledigung kennzeichnenden wohlwollenden Ton, dieselbe zur Vorberatung und Antragstellung einem eigens zu bestellenden Dreierausschusse zu überweisen.  
Schreiber (Keps) findet eine nochmalige Berathung über diese bereits allerhöchsten Orts beschlossene Thatsache für unzulässig und beantragt die gelezene Erledigung zur Kenntniß zu nehmen und im Archive zu reponiren.

Schuler-Libloy: Es handle sich nicht nur um die vollzogene Thatsache, über welche die Nationsuniversität sich bereits hinlänglich geäußert habe, umso weniger als es wohl im Reichsinteresse und in der Stellung verantwortlicher Minister liegen mag, selbst gewählten Beamten die Ernennung zu verweigern oder mit ihrer Benennung vorzugehen, wenn dieselben nach konstitutionellen Prinzipien den Aufgaben der Regierung zu entsprechen nicht geeignet befunden werden; wenn man aber auch dem Grundsatze der Verantwortlichkeit der Minister selbst in solcher Ausdehnung des Ernennungsrechtes Zugeständnisse machen wolle, so handle es sich doch hier zugleich um eine Frage der Zukunft und in jener Erledigung seien gerade Versicherungen enthalten, wie man das neue Comedwahlrecht zum Gegenstand einer neuen Vereinbarung berathen machen wolle, daß es unter die Heiligkeit der Geseze gestellt werde. Redner betont die Nothwendigkeit unter angemessener Wahrung der Nationalrechte den angezeigten Weg der Reformen im Einverständnisse mit der k. Regierung zu betreten und es scheine ihm daher geboten, zunächst den beantragten Dreierausschuß zu bestellen, dessen Anträge dann zur weiteren Verhandlung zu führen hätten.

Baron Bedeus schließt sich dem Antrage des Referenten an, weil dadurch die Nationsuniversität Gelegenheit wird, für die Erhaltung des Kandidations- und Wahlrechtes einzutreten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten angenommen.

Hietzsch (Mählbach) referirt über den Bericht des Universitätsnotars, betreffend den der VII. Richterherrschaft durch die Feuerbrunst vom 11. d. M. in Talmatich entstandenen Schaden, die damit verbundene Dringlichkeit der Wiederherstellung der abgebrannten Gebäude und die dem Talmaticher Provisor für dessen bei der Rettung der Kurie bethätigte hingebende Aufopferung zuerkennende Belohnung. Die auf die Wiederherstellung der Gebäude bezüglichen Anträge werden einstimmig angenommen, dagegen die in Antrag gebrachte Belohnung des Provisors anstatt mit 400 fl. über Antrag des Abgeordneten Kästner auf 200 fl. reduziert.

Langer (Kronstadt) erstattet sein Gutachten über den Bericht des Nationalanwaltes Dr. Zekeli in Angelegenheit wegen Beistellung der Kaution durch den neuen Pächter (Firma Hefhaimer in Kronstadt) des Nationalgutes in Unter-Romana und wird der Antrag, daß die volle Kaution beizustellen sei, einhellig angenommen.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung werden die Sitzungsettel zur Wahl des über Antrag des Abgeordneten Klein in heutiger Sitzung beschlossenen Dreierausschusses abgegeben.

Gewählt wurden zu Mitgliedern dieses Ausschusses: Klein, Baron Bedeus, Theil.

Präsident bringt folgenden Dringlichkeitsantrag zur Kenntniß:  
Königliche Nations-Universität!

Vor Monaten hatte der Justizminister den Gesezentswurf eingebracht, woznach die bisherigen zwei Obergerichte in Siebenbürgen, nämlich das in Sermannstadt bestehende mit dem Wirkungskreise über das Sachsenland und die k. Gerichtstafel in Maros-Vajarschler aufrecht erhalten wurden.

Nun hat aber das Abgeordnetenhaus zu Pest in seiner Sitzung vom 19. Oktober l. J. beschloffen, an Stelle der bisherigen zwei Obergerichte in Siebenbürgen nur eines fortzubehalten zu lassen, nämlich die k. Tafel in M. Vajarschler und dieser ganz Siebenbürgen unterzuordnen.

Damit würde, wenn dieser Beschluß durch die allerh. Bestätigung Gesezgestraft erhalte, ein Fundamentaltrecht der sächsischen Nation einfach aufgehoben.

In Betracht dessen, daß die sächsische Nation ein gesetzliches Recht hat auf ein Gericht zweiter Instanz mit dem Sitze in Sermannstadt, in dem bis auf die neuere Zeit die sächsische Nationsuniversität als solches bestand und die sächsische Nation dadurch, daß sie den Anforderungen der Zeit, Wissenschaft und Rechtspflege, durch Errichtung eines ununterbrochen thätigen Gerichtshofes an Stelle der jährlich nur zweimal sich versammelnden Universitätsentsprechend hat, ihr gesetzliches Recht nicht verloren haben kann und daß der diesfällige Beschluß des Abgeordnetenhauses die allerh. Sanction noch nicht erhalten hat, stelle ich den Dringlichkeitsantrag:

Die königliche Nationsuniversität möge dem h. k. ungarischen Gesamtministerium für das Bestreben, das sächsische Obergericht in Sermannstadt aufrecht zu erhalten, ihren Dank ausdrücken und die Bitte stellen: es möge das h. Ministerium höchsten Ortes der Regierungsvorlage bezüglich der weiteren Verfassung des erwähnten Obergerichtes in irgend geeigneter Weise Geltung zu verschaffen.

Diesen Antrag bitte ich einer Kommission, bestehend aus drei Mitgliedern, aus heutiger Sitzung zuzuweisen.  
Sermannstadt, 26. Oktober 1868.

Thomas Langer, Abgeordneter von Kronstadt.

Präsident setzt die formelle Berathung über diesen Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der übermorgen (28. d. M.) stattfindenden nächsten Sitzung und erwähnt, daß dieser zweitägige Aufschub nicht von Belang sein könne, da das Abgeordnetenhaus mit dem Berathungen über die Civilprozessordnung noch nicht fertig, seiner diesbezüglich noch der Beschluß des Oberhauses und die allerhöchste Bestätigung ausstehend sei.

Präsident setzt noch auf die Tagesordnung der angefangenen nächsten Sitzung: 1. Die Fortsetzung der Verhandlung über den Kästner'schen Entwurf; 2. Referat des Universitätsnotars über eine neuerliche Vorstellung des Landesadvokaten Karl Morfcher gegen die von der Universitätsverwaltung seiner Rechnungslegung gefaßten Beschlüsse; 3. Referat des Abgeordneten Langer in Angelegenheit der Tafelgederfrage und 4. eventuell Referat des Universitätsnotars über die Frage der Rückstellung des Fogarajser Dominiums.

Hierauf wurde die öffentliche Sitzung geschlossen, das aus einem einzigen Berichterstatter bestehende Publikum erfuhr, den Saal zu räumen und eine geschlossene Sitzung abgehalten.

\*) Wurde seinerzeit an der Spitze unseres Blattes abgedruckt. D. Red.

Ungarn.

Aus dem Reichstage.

Pest, 23. Okt. (Unterhausung) Präsident Szencivanyi, Schriftführer Pais und Bunjanovics; Minister: Graf Andrássy, Baron Esterházy, Györy Horvath und Baron Wenckheim.

Baron Julius Nyáry, Schriftführer des Oberhauses überbringt das auf die Annahme der Gesetzentwürfe über Verhinderung der Auswanderung und Aufhebung der Bucherzesse bezügliche Interpellation.

Verzenczy richtet an das Gesamtministerium folgende Interpellation:

Das siebenbürgische Oberkommando hatte in Maros-Vasarhely ein Castell an sich gebracht, und stellt nun die fonderbare Forderung, daß außerdem noch ein 150 Quadratklafter großer Raum um dieses Castell in der Mitte der Stadt ihm zur Verfügung eingeräumt, die dort stehenden Gebäude demolirt, und der Bau neuer Häuser eingestellt werde. (Hör! Hör! Hör! Hör!)

Feiner wird einer der Thürme des besagten Castells, welches in der Mitte der Stadt, der Kirche zunächst liegt, von dem Oberkommando als Pulverturm gebraucht (Heiterkeit), so daß die Bürger sich in fortwährender Angst vor einer möglichen Pulverexplosion befinden. Die Stadt Maros-Vasarhely hat in Folge dessen sich an das Subernium um Abhilfe gewendet, doch nur den Bescheid erlangt, daß der Weiterbau sistirt und erst dann fortgesetzt werden möge, wenn diese Frage einmal ausgeklärt sein würde. Die Stadt hat sich nun genöthigt gesehen, beim Ministerium um eine dringende Abhilfe zu bitten. Interpellant fragt nun, welche Schritte das Ministerium für nöthig erachte, und wann diese Angelegenheit erledigt sein werde? (Zustimmung.)

Diese Interpellation wird dem Ministerium zugestellt werden.

Verzenczy wiederholt seine bereits am 24. Juni des vorigen Jahres an den Ministerpräsidenten als Landesverteidigungsminister und an den Unterrichtsminister gerichtete Interpellation in Sachen des Ludovicums.

Interpellant weiß zwar, daß der Ministerpräsident seit Einbringung jener Interpellation auf das thätigste in solchen Angelegenheiten zu wirken bemüht war, welche mit dieser Frage im innigsten Zusammenhange stehen. Nichtsdestoweniger sieht er sich zur Wiederholung seiner Interpellation veranlaßt, weil er den Verlust eines jeden Augenblicks, in welchem die Jugend der Nation von der Einführung in die heutzutage so äußerst wichtigen Kriegswissenschaften abgehalten wird, für ebenso gefährlich als bedauerlich halte.

Die politische Konstellation macht es nur zu sehr wünschenswerth, diejenigen Vorkehrungen auch von unserer Seite zu treffen, welche der heutige Stand der Kriegskunst zur Heranbildung einer tüchtigen Armee notwendig macht, wo nicht mehr der persönliche Muth und die etwa angeborne Geschicklichkeit allein zur erfolgreichen Führung eines Krieges hinreicht.

Interpellant beruft sich auf ältere Gesetze, namentlich auf die vom J. 1802, 1812, 1830 u. s. w., welche die Errichtung und Organisation einer tüchtigen Kriegsakademie im Auge hatten.

Auch diese Interpellation wird dem Ministerium zugestellt werden.

Es folgte die Verlesung des Referats der Eisenbahnkommission über die Arab-Temesvarer Linie.

Hierauf gelangen die Grundprinzipien der Civilprozessordnung und das Laborat selbst mit den entsprechenden Modifikationen zur dritten Lesung.

Sodann wird die Debatte über den Gesetzentwurf bezüglich des vom Minister des Innern verlangten Nachtragskredits zum Behufe der Steuerung des Räderverkehrs eröffnet. Die ständige Finanzkommission sowie die Centralsektion empfiehlt 60.000 anstatt der verlangten 100.000 fl. zu bewilligen.

Beje hat nichts gegen die Kreditbewilligung einzuwenden, findet aber einen anderen Gesetzentwurf für überflüssig, ein einfacher Beschluß wäre hinreichend.

Patay findet, daß ein Gesetzentwurf mehr den Anforderungen der konstitutionellen Praxis entspreche, findet aber die Aufbietung außerordentlicher Mittel zur Ausrottung der Räuber für überflüssig, die Komitate werden schon selber mit ihnen fertig werden, wo nicht, so sollen die ungarischen Regimenter nach Hause berufen und dazu verwendet werden.

Minister des Innern Baron Wenckheim: empfiehlt den Bericht der Kommission, indem er auseinandersetzt, daß die zur Erhaltung der allgemeinen Sicherheit in den Komitaten bestehenden Mittel sich als unzureichend erwiesen haben. Dies machte notwendig, daß zu diesem Zwecke Militärmacht in Anspruch genommen werde, welche Maßnahme aber infolge der Kosten verbunden ist, als den Soldaten bei dieser Thätigkeit manche Beiträge zu ihren Bezügen gegeben werden müssen, welche Beiträge, da sie im Kriegsbudget nicht präliminirt waren, heute einen außerordentlichen Kredit notwendig machen.

In dem Betrag seien zugleich jene Kosten in Anschlag gebracht, die mit der üblichen Entlohnung für die eingebrachten Räuber, ferner mit der Verforgung der Witwen und Waisen der etwa bei diesen Streifzügen Verunglückten verbunden sein würden.

Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß der Zweck erreicht werden wird, wobei er hinzufügt, daß bereits gegen 60 Räuber eingezogen worden sind, wiewohl sich nach den neuesten Berichten ergebe, daß selbst in Komitaten, wo sich bisher keine Räuber gezeigt haben, das Räuberwesen Platz gegriffen hat, so daß diese Maßnahme sich jedenfalls als eine dringliche erweise. Er meint, daß, sobald die Sicherheit im Lande derartig gefährdet sei, wie nach den in jüngster Zeit vorgekommenen Fällen, das Sparen mehr vom Standpunkte der öffentlichen Sicherheit, noch von dem der Nationalökonomie sich rechtfertigen ließe (Zustimmung), umföwener, als schon die Beträge allein, welche der Postanstalt gerahnt worden sind und vom Staate ersetzt werden müssen, den empfohlenen Betrag von 60.000 fl. überschreiten.

Was den neuerdings angeregten Wunsch wegen Zurückrufung der ungarischen Regimenter nach Ungarn betrifft, so sei derselbe im Gesetze begründet, und das Ministerium hat auch Anstalten zur Erfüllung desselben getroffen.

Bónis sieht die Nothwendigkeit zur Entsendung von Regierungskommissären nicht ein; man hätte den Obergespanen der betreffenden Komitate ausgebreitete Vollmachten geben sollen.

Nyáry meint, es handle sich vor Allem darum, ob die vom Minister verlangte Summe genügen werde, um die persönliche Sicherheit nicht nur in einzelnen Komitaten, sondern im ganzen Lande zu schützen. Redner vermöge übrigens nicht einzusehen, warum dem Minister, wenn derselbe 100.000 fl. zur Erreichung des Zweckes für nöthig hält, nur 60.000 fl. bewilligt werden sollen.

Verzenczy spricht gegen die Entsendung von Regierungskommissären;

Sánády spricht gegen die Bewilligung des Kredits, das Volk sei ohnehin mit Steuern überbürdet.

In ähnlichem Sinne spricht Szalay.

Baron Simonyi und Vánka sprechen für den Gesetzentwurf. Endlich erfolgt die Abstimmung und wird der Gesetzentwurf mit großer Majorität angenommen.

In der Spezialdebatte werden auf motivirtes Verlangen des Ministers des Innern 100.000 fl. statt der von der Centralsektion empfohlenen 60.000 fl. bewilligt.

Hermannstadt, 26. Oktober. Dem Vernehmen nach wurde das Personal des Ober-Landes-Kommissariats vom f. Subernium nach Klausenburg einberufen.

Hermannstadt, 26. Oktober. „Gai Lap“ zufolge war der Gesetzentwurf über die Detailbestimmungen der Union Siebenbürgens mit Ungarn am 21. d. M. Gegenstand einer Konferenz, die beim Minister Grafen Gericz Mikó stattgefunden. Der Gesetzentwurf soll unter Anderem folgende Bestimmungen enthalten:

1. Das siebenbürgische Subernium hört am 1. Mai 1869 auf zu bestehen.
2. Die Berechtigungen der nach den Nationalitäten benannten bisherigen Territorien treten außer Geltung.
3. Die siebenbürgischen Obergespanen, Oberkönigsrichter, Oberkapitäne und der Sachfen Comes sind Mitglieder des Oberhauses.
4. Die Komitate und Städte Siebenbürgens treten zwar mit der ungarischen verantwortlichen Regierung in direkte Berührung; denselben geachtet aber wird Siebenbürgen der Sitz eines ständigen königlichen Kommissärs sein.

Pest, 22. Oktober. In Zala-Egerzeg konstituirte sich gelegentlich der Weinlese neuerdings ein Demokratenklub. Das Ministerium verweigerte die behördliche Auflösung desselben.

Pest, 22. Oktober. Der „Floyd“ theilt mit, die Ursache der Verzögerung der Ernennung eines türkischen Konsuls für Pest-Ofen liege darin, daß der kaiserliche Internuntius in Konstantinopel hierfür ungenügend gestimmt sei, indem er die Ernennung als den Interessen Oesterreichs nicht förderlich bezeichne. Angesichts dieses Widerstandes gegen die Besetzung eines für Ungarn wichtigen Postens plaidirt der „Floyd“ euergetisch für die Ersetzung des Freiherrn v. Prokisch durch eine andere Persönlichkeit.

Nagy-Bajom, 23. Oktober. Soeben sind wieder mehrere Räuber hier gefesselt eingebracht worden, welche der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in der Somogy ausgesendete königliche Kommissär, Oberst Graf Jorgách, an der Spitze einer gemischten Patrouille von Soldaten und Panduren aufgehoben hat.

Wien, 21. Oktober. (Reform der Armeeverwaltung.) Das Reichskriegsministerium hat soeben in einem Präsidial-Erlasse die Grundzüge für die Reform der Armeeverwaltungsbehörden bekannt gegeben. Nach demselben wird künftighin die Militär-Administration durch die General-Kommanden, Militär-Kommanden und Territorial-Divisionen geleitet werden.

General-Kommanden werden in Wien, Prag, Brünn, Ofen, Lemberg, Graz und Agrom; Militär-Kommanden zu Innsbruck, Hermannstadt, Zara und Peterwardein; Truppen-Divisionen mit selbstständiger Administration zu Linz, Preßburg, Kaschau, Großwardein, Temesvar und Krakau fungiren.

Die Besorgung der Armeeverwaltung wird der Armeezutendanz übertragen, welcher bei erhöhter Verantwortlichkeit ein einflußreicher Wirkungskreis übertragen wird.

Das Kriegs- und Verpflegs-Kommissariat, ebenso die inspizirenden Kriegs-Kommissariate werden aufgehoben, ihre Funktionen werden an die neu zu errichtende Armeezutendanz übertragen.

Die 23. Truppendivision unter dem Kommando des FML. Ritter v. Merens wird von Temesvar nach Peterwardein verlegt, wo sie unter dem Titel eines Militär-Kommando auch die Leitung der administrativen Angelegenheiten des Deutsch-Banater, Romanen-Banater und Peterwardeiner Grenz-Regimentes, dann des Littler Bataillons von dem gegenwärtigen General-Kommando in Temesvar übernehmen wird. Das letztere General-Kommando wird aufgelassen und die an seiner Stelle errichtete Territorial-Division wird dem General-Kommando in Ofen unterstellt. Diese Reorganisation tritt mit 1. Jänner 1869 in Wirksamkeit, und es werden die damit in Verbindung stehenden Personalveränderungen später nachfolgen.

Wien, 23. Oktober. Der Wehrausschuß nahm das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht mit 9 gegen 3 Stimmen (Rechbauer, Siguly, Skene) an. Abgeordneter Rechbauer fordert eine Abkürzung der Dienstzeit und die Befreiung der Regimenter in ihren Bezirken. Das Subkomitee nahm das Ausnahmsgesetz mit geringfügigen Änderungen an. Zymialkowsky will ein Ausnahmsgesetz für jeden speziellen Fall.

Wien, 23. Oktober. In dem heute zu Ende geführten Raubmordprozeß wurde Elisabeth Nagel zu lebenslänglichem Kerker mit einwöchentlichem Einzelhaft in jedem halben Jahre verurtheilt.

Wien, 23. Oktober. Die Insel Groma, ein Nachlaßobjekt des Kaisers Maximilian von Mexiko, wurde auf 185.000 fl. geschätzt. Die französischen Mitglieder zur Finanzkonferenz sind heute nach Pest abgegangen.

Wien, 23. Oktober. Im Polentklub wurde der Beschluß gefaßt, den Minister Gierka äußerst energisch wegen der Ministerialverordnung, betreffend die Reorganisation Galiziens, zu interpelliren.

Wien, 23. Oktober. In der heute stattgefundenen Deputirtenkonferenz waren 100 Mitglieder anwesend. Dr. Gierka erklärt, das Ministerium besitze das vollste Vertrauen des Kaisers; er wünsche innigen Kontakt zwischen den Deputirten. Alle Redner erklärten sich bereit, die Regierung zu unterstützen. Ein Komitee aller Klubs beräth ein Einigungsprogramm.

Wien, 23. Oktober. Nächsten Dienstag findet die Eröffnung der Subskription auf die Aktien der österreichischen Nordwestbahn im Betrage von 12 Millionen statt. Bis heute waren bei dem hiesigen Bankhause Liebig über 8 Millionen angemeldet und wurden die Aktien der Nordwestbahn an der Börse mit einer Prämie von 4 1/2 Gulden gehandelt.

Wien, 23. Oktober. Der Reichsrath wird seine Sitzungen für die Zeit vom 8. November bis Mitte December unterbrechen. Am 12. November werden die Delegationen eröffnet werden; ihr Schluß erfolgt spätestens am 9. December und Tag darauf der Schluß des ungarischen Landtags, während der Reichsrath am 15. December seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen wird.

Wien, 24. Oktober. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Dr. Ziemialkowsky reist für Sonntag und Montag nach Pest, um dort mit dem Grafen Andrássy in Eisenbahnangelegenheiten zu konferiren.

Prag, 22. Oktober. In Reichenberg fand gestern die Einweihung der evangelischen Kirche statt. An dem imposanten Festzuge nahmen gegen hundert protestantische Geistliche, zumeist aus Sachsen, dann viele Beamte und der Rabbiner Theil. Beim Festsaß wurden begeisterte Toaste ausgebracht.

Prag, 22. Oktober. Der Reichsraths-Abgeordnete Banhand soll als Zivilkommissär Koller's Ablatus werden. Nach Henniger's Pensionierung soll der Wiener Statthalterei-Leiter Weber Vizepräsident werden. Von nächster Woche ab wird in Greg's Verlag ein neues Blatt: Böhmisches Zeitung, erscheinen.

Prag, 22. Oktober. Ein Konsortium besorgt für die französische Regierung hier Schlachtvieh- und Hafereinkäufe. Die Generalversammlung der tschechischen Juristen wurde gestern unterzagt.

Prag, 23. Oktober. Die Schlaner Bezirksvertretung hat gestern den Grafen Clam-Martiniß einstimmig zum Obmann gewählt.

Die Arbeiter-Zeitung „Delnik“ wurde suspendirt; der Redakteur derselben, Peter, wurde vom Gerichtsdienere zum Antritte seiner Strafe abgeholt.

Innsbruck, 21. Oktober. Gestern hielt im Konstitutionsklub Verein der Abgeordnete Hann eine Rede über die letzte Landtagssession. Es wurde der Beschluß gefaßt, der Regierung für ihre Haltung im Landtage zu danken. Statthalter Kaffer reist nach Wien.

Ragusa, 23. Oktober. Nach fünfjähriger unendlich stürmischer Fahrt hat die Korvette „Friedrich“ gestern vor Meleba und heute vor Ragusa angekernt. Das Admiralsschiff „Donau“ ankert vor Castellonova, von wo die Abfahrt nach Gibraltar gemeinschaftlich am Sonntag stattfindet.

Russland.

Paris, 20. Oktober. Der „Constitutionnel“ sagt in seinem Bulletin anlässlich der von der „Wiener Abendpost“ demontirten Gerüchte über die Warschauer Mission des Fürsten Thurn und Taxis: „Die Details, welchen das Dementi golt, waren unwahrscheinlich. Rußland kennt zu gut die Schwierigkeiten, welche für die zentral-europäischen und westlichen Kabinete aus den Rußenbestrebungen hervorgehen, um auch nur durch ein Wort die Belegenheiten einer brachbaren Nacht wie Oesterreich zu vermehren. Die seit zwei Jahren mit solcher Festigkeit verfolgte Politik Oesterreichs wird die besten Resultate für die Konsolidirung des Kaiserreichs, für die Ruhe und stiedliche Entwicklung der benachbarten Völker hervorbringen. Von Natur aus konföderativ, wird das Petersburger Kabinete sich nicht das letzte sein, nach außen eine gegen die Integrität Oesterreichs oder der Türkei gerichtete Agitation der Nation zu ermahnen. Wir sind demnach auch sehr ungläubig in Bezug auf die Angaben betreffend eine Allianz zwischen Rußland und Romänien. Wir haben andere Beweise als Journalkorrespondenzen notwendig, um Rußland das Vorgehen beizumessen, gemeinsame Sache mit Revolutionären zu machen, welche unfähig sind, bei sich zu Hause eine ehrliche, wirtschaftliche Verwaltung zu begründen, und die auswärts für ihren abenteuerlichen Geist Nahrung suchen.“

Paris, 21. Oktober. Der Pariser Korrespondent der „Times“ theilt mit, daß nach Madrider Briefen Don Manuel Ranees zum spanischen Gesandten in Berlin bestimmt sei, wo er von 1862 bis 1867 bereits Gesandter war; Escosura sei für den Gesandtenposten in Wien angetrieben.

Paris, 21. Oktober. Der „Gaulois“ veröffentlicht ein Schreiben Serrano's, welches sagt, daß die Revolution von Cadix es dem Lande überlassen wolle, in Ausübung seiner Souveränität eine Regierung zu wählen, welche es für die würdigste hält. Die Häupter der Bewegung seien sich entschlossen, dem Programme der Revolution Achtung zu verschaffen. Das Schreiben drückt die Ansicht aus, daß die konstitutionelle Monarchie mit allen vereinbarlichen Freiheiten diejenige Regierungsform sein könnte, welche sich mit der gegenwärtigen Epoche und dem Geiste der eigenthümlichen Landesverhältnisse am meisten im Einklange befindet.

Paris, 21. Oktober. Die „France“ und der „Gendard“ sagen bezüglich der Gerüchte über angebliche Reformen im Innern, niemand habe sich ein, daß man den Kammeren vorschlagen könne, die liberalen Maßnahmen abzuweichen, welche sie in der letzten Session beschlossen haben; andererseits wäre es vorzuziehen, diesen Maßnahmen andere hinzuzufügen, ohne den eiferigen Zeit gelassen zu haben, ihre natürlichen Früchte zu tragen. Der „Gendard“ versichert, daß sich der Kaiser im Ministerrathe in diesem Sinne ausgesprochen habe.

Die „France“ meldet, daß sich die Minister Rouvier und Wimar heute Morgens nach St. Cloud begeben und abwechselnd mit dem Kaiser gearbeitet haben.

Die „France“ commentirt das Manifest der Regierung in Madrid und sagt, daß sich die spanische Revolution durch ihre Maßigung Sympathien erlangen habe, daß aber die Mächte die Revolution nicht anerkannt werden, als sie nicht wissen, wohin dieselbe führen soll.

Paris, 21. Oktober. Der „Moniteur“ meldet: Die Kronprinzessin von Preußen, welche auf der Durchreise nach England Paris passirt, hat sich gestern nach St. Cloud begeben, wo sie von dem Kaiser und der Kaiserin empfangen wurde. Die Majestäten haben heute Ihrer königl. Hoheit den Besuch im Hotel Louvre erwidert.

Telegramme aus Madrid zeigen an, daß die Junta der Hauptstädte heute eine Proklamation veröffentlicht habe, in welcher sie erklärt, daß nachdem die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Bürger vollständig gewahrt seien, es von nun an Sache der Regierung sei, die Prinzipien der Revolution anzuwenden und in Wirksamkeit zu bringen.

Die Junta erklärt sich für aufgelöst und ladet die in anderen Städten Spaniens bestehenden Juntas ein, ihrem Beispiele zu folgen.

Die Vollmächttigen der Rheinverstaaten haben am 17. Oktober die revidirte Akte und die derselben beigefügten Verordnungen und Protokolle unterzeichnet.

Paris, 22. Oktober. Die vom „Constitutionnel“ angeführte Karte von Frankreich erscheint morgen. — Wie der „Gaulois“ meldet, schrieb der Prinz Napoleon an Prim, um demselben die Kandidatur des Prinzen Amadeus von Astia zu empfehlen.

Der Artikel der „Kreuzzeitung“ über die schleswigsche Frage hat die Börse sehr verstimmt.

Paris, 22. Oktober. Der „Gaulois“ will wissen, daß Marschall Mac Mahon Samstag in Paris erwartet werde.

Drozaga wird gleichfalls in Paris erwartet und wird die Leitung der spanischen Gesandtschaft bis zum Zusammentritt der Cortes übernehmen.

Die „Patrie“ meldet nach Privatbesuchen, daß sich der Gesundheitszustand Juad Pascha's seit mehreren Tagen empfindlich verschlechtert habe.

Der „Gendard“ meldet, daß der frühere spanische Vorkämpfer Men heute vom Marquis de Meustier empfangen wurde.

Paris, 22. Oktober. Der „Gaulois“ behauptet, der französische Hof begünstige die karlistischen Intrigen in Spanien. Es wird versichert, daß König Ferdinand von Portugal für die spanische Thronkandidatur gewonnen sei.

Paris, 22. Oktober. Der „Moniteur“ schreibt in seinem Bulletin: Die Junta von St. Sebastian schritt, bevor sie sich auflöste, zur Einsetzung eines Municipalsrates, welcher berufen sein soll, provisorisch und bis zu dem Zeitpunkt zu fungiren, wo eine definitive Reorganisation durch das allgemeine Stimmrecht konstituirt sein wird. Die Funktionen des Alcalde wurden Grazu anvertraut.

Paris, 22. Oktober. Die „France“ eröffnet aus Anlaß des Artikels der „Kreuzzeitung“ über Nordschleswig eine scharfe Polemik gegen das genannte Blatt und sagt: Es ist für die deutschen Journalen sehr schwer, der europäischen Presse zu verbieten, sich mit den Angelegenheiten Deutschlands zu beschäftigen und eine Regelung der schleswigschen Frage zu wünschen. Dennoch wünschen einer Berliner Korrespondenz des „Journal des Debats“ zufolge die vernünftigen Leute in Berlin eine Regelung dieser Frage. Warum sollte man also die deutsche Empfindlichkeit verletzen, wenn man in Paris dasjenige sagt, was man von Berlin schreibt.

Madrid, 20. Oktober. Das Regierungsmanifest ist erschienen und veröffentlicht in der Form einer diplomatischen Zirkularbesprechung. Es rüfde und eine sehr lange Auseinandersetzung der Gründe, die das spanische Volk nöthigen, das Joch der früheren Dynastie abzuwälzen, es folgt von einer Anklage gegen die Dynastie. Das Manifest sagt, das Volk müsse die verlorene Zeit einholen; das heute in Spanien eingetragte Prinzip der Volkssouveränität ist ein Lebensprinzip und der iberische Typus seiner Bestrebungen. Es ist demnach zu behaupten erlaubt, daß die erstlich allgemein und weiter durch die Erwählten des Volks an-

gebte Nationalsoverän... welche ein reich... bilden oder bald... Das Rundscheide... Freiheit ein und i...

Das Rundscheide... Einvernehmen zu bleib... erlangen. Sollte die... Nachabmung finden, di...

Man bereitet ein... Madrid, 21. das Dekret wegen de... hren Schulen bald zu... Die Bezirksjunte... Der Zustand des... dentlich.

Madrid, 21. der Nachrichten bestätig... der Verzeihung des... für sich und seine Sö... Der „Jubartial... zweiten Manifestes de...

Madrid, 21. die Aushebung der... die spanischen Besitzu... halbsiebel sind aufzube... Einführung der neuen... Junta hat die Griech... tere Provinzialjunte...

Ein Decret des... en der Revolution ve... en Militärs.

Ein Decret des... Branz de Paula au... onna'me der ihr gef... Madrid, 22. aufgelöst. Die Jun... welche sie zur Herri...

Madrid, 22. hollen auf.

Die amtliche... Organisation der De... Ausnahme einiger ge... hältnissen erheblich w...

Durch ein Dek... Universitäten, Instit... Ein anderes Dekret... gethanet jedem Span...

London, 2. Brighton zufolge, in... eingetroffen.

Die Königin... London, 2. Telegramm aus B... demokratische Partei... gilt als gesichert. T... neur, tritt zu Rand...

Ein Kobl-Te... vomehmer Suboner... mit der provisorische... London, 2. Johnson verkehrte... pool, das nichts in... banken sei, was den... geeigneter wäre. In... sei die heiderseitige...

Abends gab d... rikanischen Gesandte... hene bewohnten. A... des Friedens zwische... hantlungen seien im... Lord Stanl...

Englands ist das... tung von Angrißp... in Europa überall... sungen ein Ende w... sind und die Staat... gegenüber werden... thätig der Zeit...

der Situation zu... von Vortheil sein... erregend, aber... gegen den Krieg u... fähige Staat: N...

Kopenhagen... Reichsadresse is... raffe die alte Treue... von Volk und Reg...

Dukareff, den zu neuen Einf... betrieben, und zw... welche durch Ober... waarenhändler aus...

Belgrad, wurde der gemeine... seinen früheren G... seines Verretters ü... Karaorgievich den... zwaiten Duke...

Belgrad, Fortschritt des seib... Richter gerecht und

te im Konstitutionellen... die letzte Landtagsession...

...sagt in seinem Bulletin... mentierten Gerichte über...

...respondent der „Times“... muel Nances zum spani...

...öffentliche ein Schreiben... a Gadir es dem Lande...

...er Regierung in Madrid... ihre Mäßigung Syn...

...die Junta der Hauptstadt... welcher sie erklärt, daß...

...haben am 17. Oktober... Beratungen und Pro...

...stitutionell“ angeführte... e der „Gaulois“ meldet...

...spanische Vorkämpfer Mon... tebe.

...schreibt in seinem Bulletin... vor sie sich auflöste, zur...

...eröffnet aus Anlaß des... g eine scharfe Polemik...

...Belgrad, 20. Oktober. In der heutigen Schlußhandlung...

Nationalparlament eine Gesamtheit von Freiheiten beschließen... welche ein reiches, unveräußerliches Gemeingut eines zivilisierten...

Madrid, 21. Oktober. Die „Gaceta de Madrid“ meldet, daß... der Freiheit des Unterrichts in den Mittel- und hö...

Madrid, 21. Oktober. Weber eine offizielle, noch irgenneine an... Nachricht bestätigt die Angabe der „Gazette de France“ in Betreff...

Madrid, 21. Oktober. Die Junta beauftragte bei der Regierung... die Errichtung von Strafanstalten in...

Madrid, 22. Oktober. Die meisten Janten haben sich bereits... Die Junta von Barcelona hat die Gründe bekannt gegeben...

London, 22. Oktober. Einem Telegramme des „Herald“ aus... Brighton zufolge, sind der Graf und die Gräfin Gicenti in Brighton...

London, 23. Oktober. Die „Times“ veröffentlicht ein Kabel... Philadelphia, 21. Oktober, welches meldet: Die...

London, 23. Oktober. Der amerikanische Gesandte Reverdy... die Begrüßung der Corporation von Liver...

London, 23. Oktober. Die Antwort des Königs auf die... die alte Irene gegen ihn und sein Haus so wie die Uebereinstimmung...

Kopenhagen, 21. Oktober. Die Antwort des Königs auf die... die alte Irene gegen ihn und sein Haus so wie die Uebereinstimmung...

Bukarest, 23. Oktober. Die Organisation von bewaffneten Ban... in letzter Zeit wieder eifrigst...

Belgrad, 20. Oktober. In der heutigen Schlußhandlung... der gemeinsame Senator Majstorovic trotz allen Käugnens entgegen...

Belgrad, 22. Oktober. Der heutige „Bibodan“ konstatirt den... des serbischen Gerichtswesens. Jeder kann jetzt sehen, wie unsere...

des Gesetzes achtend, beobachtet die schönste Ordnung. Kapitulationen in... Serbien sind überflüssig, und jeder Fremde wird denselben Schutz der Ge...

Calcutta, 28. September. Das englische Korps schlug bereits... am 28. September an der Grenze von Peshawar sein Lager auf. Heroz...

New-York, 10. Oktober. Der Gesandte des norddeutschen Bun... des kündigt der Unionregierung offiziell die Vertretung der norddeutschen...

Kirche und Schule. Programmenschau.

Es scheint uns überflüssig, bei Besprechung der Verhältnisse der... evangelisch-sächsischen Mittelschulen (Gymnasien, Semina...

Hermannstadt mit einem 8klassigen Gymnasium, einem auf der Unterreal... schule aufgebauten 4klassigen Seminarium und einer voll...

Kronstadt mit einem 8klassigen Gymnasium, einem mit diesem Gymnasium... und der Unterrealschule kombinirten (?) 4klassigen Seminarium...

Schäßburg mit einem 8klassigen Gymnasium, einem 4klassigen Semina... rium und einer 3klassigen Unterrealschule;

Bistritz mit einem 8klassigen Gymnasium, einem auf der Unterrealschule... aufgebauten 2klassigen Seminarium und einer 3klassigen Unter...

Mediasch mit einem 8klassigen Gymnasium, welches zugleich für die Be... dürfnisse einer Unterrealschule eingerichtet bemittelt ist, und einem...

Mühlbach mit einem 4klassigen, zugleich die Realschule ersetzenden Unter... gymnasium; endlich

Sächsisch-Regen mit einer 4klassigen Unterrealschule. Schon diese allgemeine Uebersicht beweist, daß es innerhalb der all...

Die statistischen Verhältnisse der eben angegebenen Anstalten, die wir... in Folgenden zusammenstellen, werden dieselbe Ueberzeugung begründen.

Table with 4 columns: Ort, Lehrer, Schül. in VIII., Davon Lehrer. Lists Hermannstadt, Kronstadt, Schäßburg, Bistritz, Mediasch, Mühlbach, S. Regen.

Sieht man allein auf die ordentlichen Lehrer, so entfallen wöchent... liche Stunden in:

Table with 4 columns: Ort, auf den Rektor, auf die übrigen Lehrer, auf 1 Lehrer im Durchschnitt. Lists Hermannstadt, Kronstadt, Schäßburg, Bistritz, Mediasch.

Für die Maturitätsprüfungen bieten dieselben folgende Angaben vom... Schluß des Schuljahres 1866/7:

Table with 4 columns: Ort, Schüler in VIII., Reif erklärt mit Auszeichnung einfach, Nicht absolvirt. Lists Hermannstadt, Kronstadt, Schäßburg, Bistritz, Mediasch.

\* In den hier angeführten Zahlen sind auch die Hilfs- und Nebenlehrer für... Magyrisch, Rumänisch, Griechisch, Russisch, Arabisch und Türkisch mitgezählt, welche...

Zum Schluß stellen wir die in den Programmen der ev. sächs... Lehranstalten für 1867/8 veröffentlichten wissenschaftlichen oder pädagogi...

Hermannstadt: Entwicklung der Herbarischen Theorie der... chemischen Typen von Julius Conrad;

Kronstadt: Irene, Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl von... Keszaludy, aus dem Ungarischen überetzt von Julius Hornpöngst;

Schäßburg: Beiträge zur klimatologischen und statistischen Kennt... niß der Stadt Schäßburg von Johann Teutsch;

Bistritz: Beiträge zur Kenntniß der Rösner Volkssprache von... Georg Verleß;

Mediasch: Gabriel Becken von Karl Heinrich;

Mühlbach: Die Erbkraften des Unterwaldes von Ferdinand Bau... mann;

S. Regen: Ein Wort über Kindergärten an Eltern und Lehrer... von Hugo Capesius.

Local- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 26. Oktober. In Szemerja, dem durch seinen vorzüglichen Tabak bekann... ten Ort in Haromphés, kam in voriger Woche Feuer aus, durch welches...

Die in Klausenburg ins Leben gerufene Sparkassa wird... ihre Thätigkeit mit 1. November l. J. beginnen.

Die Kutyfalvaer Maroschbrücke ist, wie uns aus verlässlicher... Quelle mitgeteilt wird, bereits so weit fertig, daß sie in kürzester Zeit...

Hermannstädter Schützenverein.

Bei dem am 25. Oktober l. J. abgehaltenen Schießenschießen wur... den von 19 Schützen 770 Schüsse abgegeben.

Table with 2 columns: Rang, Name. Lists 1. Trefferbest Herr W. O. Kisch, 2. Johann Keszler, 3. Rudolf Kauscher, etc.

Theater.

Hermannstadt, 27. Oktober. Ein Preislustspiel „Die Ban... diten“ von Roderich Benedix erlebte am 26. d. die erste Auf...

Donnerstag den 29. d. findet das Benefiz unseres talentvollen, viel... seitigen und sehr fleißigen Charakterdarstellers Herrn Art statt.

Stadt-Theater in Hermannstadt.

Dienstag den 27. October 1868: Aus der Gesellschaft. Neues Schauspiel in 4 Akten von Bauernfeld.

Wichtig für Viele!

In allen Branchen, insbesondere aber bei Bezug der in Oestreich allgemein... beliebten Staatspapiere, rechtfertigt sich das Vertrauen einerseits durch aner...

Table with 4 columns: Ort, Betrag, Ort, Betrag. Lists Hermannstadt, Kronstadt, Schäßburg, Bistritz, Mediasch.

Belgrad, 20. Oktober. In der heutigen Schlußhandlung... der gemeinsame Senator Majstorovic trotz allen Käugnens entgegen...

Julius.

Aus dem Reichstage.

Best, 23. Okt. (Unterhausung) Präsident Szentivanyi, Schriftführer Pais und Bujanovics; Minister: Graf Andrássy, Baron Szécsényi, Baron Horváth und Baron Wenckheim.

Baron Julius Nagy, Schriftführer des Oberhauses überbringt das auf die Annahme der Gesetzentwürfe über Arbeitsabläufe, Entschädigung und Aufhebung der Wachergesetze bezügliche Interpellation.

Verzenczey richtet an das Gesamtministerium folgende Interpellation:

Das Siebenbürger k. k. Oberkommando hatte in Maros-Vasarhely ein Castell an sich gebracht, und stellt nun die sonderbare Forderung, daß außerdem noch ein 150 Quadratmeter großer Raum um dieses Castell in der Mitte der Stadt ihm zur Verfügung eingeräumt, die dort stehenden Gebäude demolirt, und der Bau neuer Häuser eingestellt werde. (Rufe: Hört! Hört!)

Feuer wird einer der Thürme des besagten Castells, welches in der Mitte der Stadt, der Kirche zunächst liegt, von dem Oberkommando als Pulverthurm gebraucht (Heiterkeit), so daß die Bürger sich in fortwährender Angst vor einer möglichen Pulverexplosion befinden. Die Stadt Maros-Vasarhely hat in Folge dessen sich an das Gubernium um Abhilfe gewendet, doch nur den Bescheid erlangt, wenn diese Frage einmal ausgeklagt sein würde. Die Stadt hat sich nun genöthigt gesehen, beim Ministerium um eine dringende Abhilfe zu bitten. Interpellant fragt nun, welche Schritte das Ministerium für nöthig erachte, und wann diese Angelegenheit erledigt sein werde? (Zustimmung)

Diese Interpellation wird dem Ministerium zugestellt werden.

Bernath wiederholt seine bereits am 24. Juni des vorigen Jahres an den Ministerpräsidenten als Landesverteidigungsminister und an den Unterrichtsminister gerichtete Interpellation in Sachen des Ludovicums.

Interpellant weiß zwar, daß der Ministerpräsident seit Einbringung jener Interpellation auf das thätigste in solchen Angelegenheiten zu wirken bemüht war, welche mit dieser Frage im innigsten Zusammenhange stehen. Nichtsdestoweniger sieht er sich zur Wiederholung seiner Interpellation veranlaßt, weil er den Verlust eines jeden Augenblicks, in welchem die Jugend der Nation von der Einführung in die heutige so äußerst wichtigen Kriegswissenschaften abgehalten wird, für ebenso gefährlich als bedauerlich halte.

Die politische Konstellation macht es nur zu sehr wünschenswert, diejenigen Vorkehrungen auch von unserer Seite zu treffen, welche der heutigen Stand der Kriegskunst zur Heranbildung einer tüchtigen Armee notwendig macht, wo nicht mehr der persönliche Rath und die etwa angeborene Geschicklichkeit allein zur erfolgreichen Führung eines Krieges hinreicht.

Interpellant beruft sich auf ältere Gesetze, namentlich auf die vom J. 1802, 1812, 1830 u. s. w., welche die Errichtung und Organisation einer tüchtigen Kriegsakademie im Auge hatten.

Auch diese Interpellation wird dem Ministerium zugestellt werden.

Es folgt die Verlesung des Referats der Eisenbahnkommission über die Arab-Lemesvater Linie.

Hierauf gelangen die Grundprinzipien der Civilprozeßordnung und das Clarobat selbst mit den entsprechenden Modifikationen zur dritten Lesung.

Sodann wird die Debatte über den Gesetzentwurf bezüglich des vom Minister des Innern verlangten Nachtragkredits zum Behufe der Steuererhebung des Rüberruwens eröffnet. Die ständige Finanzkommission sowie die Centralsektion empfiehlt 60.000 anstatt der verlangten 100.000 fl. zu bewilligen.

Beje hat nichts gegen die Kreditbewilligung einzuwenden, findet aber einen anderen Gesetzentwurf für überflüssig, ein einfacher Beschluß wäre hinreichend.

Bataj findet, daß ein Gesetzentwurf mehr den Anforderungen der konstitutionellen Praxis entspreche, findet aber die Aufbietung außerordentlicher Mittel zur Ausrottung der Räuber für überflüssig, die Komitate werden schon selber mit ihnen fertig werden, wo nicht, so sollen die ungarischen Regimenter nach Hause berufen und dazu verwendet werden.

Minister des Innern Baron Wenckheim: empfiehlt den Bericht der Kommission, indem er auseinandersetzt, daß die zur Schaltung der allgemeinen Sicherheit in den Komitaten bestehenden Mittel sich als unzureichend erwiesen haben. Dies machte notwendig, daß zu diesem Zwecke Militärmacht in Anspruch genommen werde, welche Maßnahme aber insofern mit Kosten verbunden ist, als den Soldaten bei dieser Thätigkeit manche Beiträge zu ihren Bezügen gegeben werden müssen, welche Beiträge, da sie im Kriegsbudget nicht präliminirt waren, heute einen außerordentlichen Kredit notwendig machen.

In dem Betrag seien zugleich jene Kosten in Anschlag gebracht, die mit der üblichen Entlohnung für die eingebrachten Räuber, ferner mit der Versorgung der Witwen und Waisen der etwa bei diesen Streifzügen Verunglückten verbunden sein würden.

Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß der Zweck erreicht werden wird, wobei er hinzufügt, daß bereits gegen 60 Räuber eingezwungen worden sind, wiewohl sich nach den neuesten Berichten ergebe, daß selbst in Komitaten, wo sich bisher keine Räuber gezeigt haben, das Räuberwesen Platz gegriffen hat, so daß diese Maßnahme sich jedenfalls als eine dringliche erweise. Er meint, daß, sobald die Sicherheit im Lande beträchtlich gefährdet sei, wie nach den in jüngster Zeit vorgekommenen Fällen, das Sparen weder vom Standpunkte der öffentlichen Sicherheit, noch von dem der Nationalökonomie sich rechtfertigen ließe (Zustimmung), umsonst, als schon die Beträge allein, welche der Postanstalt geraubt worden sind und vom Staate ersetzt werden müssen, den empfohlenen Betrag von 60.000 fl. überschreiten.

Was den neuerdings angeregten Wunsch wegen Zurückrufung der ungarischen Regimenter nach Ungarn betrifft, so sei derselbe im Gesetze begründet, und das Ministerium hat auch Anstalten zur Erfüllung desselben getroffen.

Bónis schiebt die Nothwendigkeit zur Entsendung von Regierungskommissionen nicht ein; man hätte den Obergespannen der betreffenden Komitate ausgebreitere Vollmachten geben sollen.

Nagy meint, es handle sich vor Allem darum, ob die vom Minister verlangte Summe genügen werde, um die persönliche Sicherheit nicht nur in einzelnen Komitaten, sondern im ganzen Lande zu schützen. Redner vermöge übrigens nicht einzusehen, warum dem Minister, wenn derselbe 100.000 fl. zur Erreichung des Zweckes für nothwendig hält, nur 60.000 fl. bewilligt werden sollen.

Verzenczey spricht gegen die Entsendung von Regierungskommissionen;

Esanád spricht gegen die Bewilligung des Credits, das Volk sei ohnehin mit Steuern überbürdet.

In ähnlichem Sinne spricht Halás.

Baron Simon und Zvanka sprechen für den Gesetzentwurf. Endlich erfolgt die Abstimmung und wird der Gesetzentwurf mit großer Majorität angenommen.

In der Spezialdebatte werden auf motivirtes Verlangen des Ministers des Innern 100.000 fl. statt der von der Centralsektion empfohlenen 60.000 fl. bewilligt.

Hermannstadt, 26. Oktober. Dem Vernehmen nach wurde das Personal des Ober-Landes-Kommissariats vom k. Gubernium nach Klausenburg einberufen.

Hermannstadt, 26. Oktober. „Eli Kap“ zufolge war der Gesetzentwurf über die Detailbestimmungen der Union Siebenbürgens mit Ungarn am 21. d. M. Gegenstand einer Konferenz, die beim Minister Grafen Emerich Mikó stattgefunden. D. Gesetzentwurf soll unter Anderem folgende Bestimmungen enthalten:

1. Das siebenbürgische Gubernium hört am 1. Mai 1869 auf zu bestehen.
2. Die Berechtigungen der nach den Nationalitäten benannten bisherigen Territorien treten außer Geltung.
3. Die siebenbürgischen Obergespanne, Oberkönigsrichter, Oberkapitäne und der Sachien Comes sind Mitglieder des Oberhauses.
4. Die Komitate und Städte Siebenbürgens treten zwar mit der ungarischen verantwortlichen Regierung in direkte Verbindung; dessenungeachtet aber wird Siebenbürgen der Sitz eines ständigen königlichen Kommissars sein.

Best, 22. Oktober. In Zala-Egerdöz konstituirte sich gelegentlich der Weinlese neuerdings ein Demokratklub. Das Ministerium verweigerte die behördliche Auflösung desselben.

Best, 22. Oktober. Der „Lloyd“ theilt mit, die Ursache der Verzögerung der Ernennung eines türkischen Konsuls für Pest-Ofen liege darin, daß der faiserliche Intendant in Konstantinopel hierfür ungenügend gestimmt sei, indem er die Ernennung als den Interessen Oesterreichs nicht förderlich bezeichne. Angesichts dieses Widerstandes gegen die Besetzung eines für Ungarn wichtigen Postens plaidirt der „Lloyd“ eueriglich für die Ersetzung des Freiherrn v. Proskich durch eine andere Persönlichkeit.

Nagy-Bajom, 23. Oktober. Soeben sind wieder mehrere Räuber hier gefesselt eingebracht worden, welche der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in der Somogy ausgesendete königliche Kommissar, Oberst Graf Jorgák, an der Spitze einer gemischten Parouille von Soldaten und Panduren aufgehoben hat.

Wien, 21. Oktober. (Reform der Armee-Verwaltung) Das Reichskriegsministerium hat soeben in einem Präsidial-Erlasse die Grundzüge für die Reform der Armee-Verwaltungsbehörden bekannt gegeben. Nach demselben wird künftighin die Militär-Administration durch die General-Kommanden, Militär-Kommanden und Territorial-Divisionen geleitet werden.

General-Kommanden werden in Wien, Prag, Brünn, Ofen, Lemberg, Graz und Agram; Militär-Kommanden zu Innsbruck, Hermannstadt, Zara und Peterwardein; Truppen-Divisionen mit selbstständiger Administration zu Linz, Preßburg, Raßkau, Großwardein, Temesvar und Krakau fungiren.

Die Besorgung der Armee-Verwaltung wird der Armee-Intendant übertragen, welcher bei erhöhter Verantwortlichkeit ein einflussreicher Wirkungskreis übertragen wird.

Das Kriegs- und Verpflegungs-Kommissariat, ebenso die insizierenden Kriegs-Kommissariate werden aufgehoben, ihre Funktionen werden an die neu zu errichtende Armee-Intendant übertragen.

Die 23. Truppendivision unter dem Kommando des FML. Ritter v. Merens wird von Temesvar nach Peterwardein verlegt, wo sie unter dem Titel eines Militär-Kommando auch die Leitung der administrativen Angelegenheiten des Deutsch-Banater-, Romanen-Banater- und Peterwardeiner Grenz-Regimentes, dann des Littler Bataillons von dem gegenwärtigen General-Kommando in Temesvar übernehmen wird. Das letztere General-Kommando wird aufgelassen und die an seiner Stelle errichtete Territorial-Division wird dem General-Kommando in Ofen unterstellt. Diese Reorganisation tritt mit 1. Jänner 1869 in Wirksamkeit, und es werden die damit in Verbindung stehenden Personalveränderungen später nachfolgen.

Wien, 23. Oktober. Der Wehrausschuß nahm das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht mit 9 gegen 3 Stimmen (Rechbauer, Figuly, Sene) an. Abgeordneter Rechbauer fordert eine Abföderung der Dienstzeit und die Befreiung der Regimenter in ihren Bezirken. Das Subkomitee nahm das Ausnahmsgesetz mit geringfügigen Änderungen an. Ziemialkowski will ein Ausnahmsgesetz für jeden speziellen Fall.

Wien, 23. Oktober. In dem heute zu Ende geführten Raubmordprozeß wurde Elisabeth Nagel zu lebenslänglichem Kerker mit einwöchentlich Einzelhaft in jedem halben Jahre verurtheilt.

Wien, 23. Oktober. Die Insel Groma, ein Nachschloß des Kaisers Maximilian von Mexiko, wurde auf 185.000 fl. geschätzt. — Die kroatischen Mitglieder zur humanen Konferenz sind heute nach Pest abgegangen.

Wien, 23. Oktober. Im Polenklub wurde der Beschluß gefaßt, den Minister Giska äußerst energisch wegen der Ministerialverordnung, betreffend die Reorganisation Galiziens, zu interpelliren.

Wien, 23. Oktober. In der heute stattgefundenen Deputirtenkonferenz waren 100 Mitglieder anwesend. Dr. Giska erklärt, das Ministerium besitze das vollste Vertrauen des Kaisers; er wünsche innigen Kontakt zwischen den Deputirten. Alle Redner erklärten sich bereit, die Regierung zu unterstützen. Ein Komitee aller Klubs beräth ein Einigungsprogramm.

Wien, 23. Oktober. Nächsten Dienstag findet die Eröffnung der Subskription auf die Aktien der österreichischen Nordwestbahn im Betrage von 12 Millionen statt. Bis heute waren bei dem hiesigen Bankhause Lebig über 8 Millionen angemeldet und wurden die Aktien der Nordwestbahn an der Börse mit einer Prämie von 4 1/2 Gulden gehandelt.

Wien, 23. Oktober. Der Reichsrath wird seine Sitzungen für die Zeit vom 8. November bis Mitte December unterbrechen. Am 12. November werden die Delegationen eröffnet werden; ihr Schluß erfolgt spätestens am 9. December und Tags darauf der Schluß des ungarischen Landtags, während der Reichsrath am 15. December seine Verhandlungen wieder aufnehmen wird.

Wien, 24. Oktober. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Dr. Ziemialkowski reist für Sonntag und Montag nach Pest, um dort mit dem Grafen Andrássy in Eisenbahnangelegenheiten zu konferiren.

Prag, 22. Oktober. In Reichenberg fand gestern die Einweihung der evangelischen Kirche statt. An dem imposanten Festzuge nahmen gegen hundert protestantische Geistliche, zumeist aus Sachsen, dann viele Beamte und der Rabbiner Theil. Beim Festbalet wurden begeisterte Lüste ausgebracht.

Prag, 22. Oktober. Der Reichsraths-Abgeordnete Banhaus soll als Civilkommissar Koller's Adlatas werden. Nach Henniger's Pensionirung soll der Wiener Statthalterei-Leiter Weber Vizepräsident werden. Von nächster Woche ab wird in Gregor's Verlag ein neues Blatt: Böhmisches Zeitung, erscheinen.

Prag, 23. Oktober. Ein Konsortium besorgt für die französische Regierung hier Schlachtwichs- und Hafereinkäufe. Die Generalversammlung der ezechischen Juristen wurde gestern unteragt.

Prag, 23. Oktober. Die Schauer Bezirksvertretung hat gestern den Grafen Lam-Martini einstimmig zum Obmann gewählt. Die Arbeiter-Zeitung „Delnit“ wurde suspendirt; der Redakteur derselben, Peter, wurde vom Gerichtsdienste zum Antritte seiner Strafe abgeholt.

Innsbruck, 21. Oktober. Gestern hielt im Konstitutionellen Verein der Abgeordnete Haun eine Rede über die letzte Landtagsession. Es wurde der Beschluß gefaßt, der Regierung für ihre Haltung im Landtage zu danken. Statthalter Kaffer reist nach Wien. Ragusa, 23. Oktober. Nach fünfjähriger unendlich stürmischer Fahrt hat die Korvette „Friedrich“ gestern vor Meleda und heute vor Ragusa geankert. Das Admiralschiff „Donau“ ankert vor Cattinmoa, von wo die Abfahrt nach Gibraltar gemeinschaftlich am Sonntag stattfindet.

Russland.

Paris, 20. Oktober. „Constitutionnel“ sagt in seinem Bulletin anlässlich der von der „Wiener Abendpost“ dementirten Gerüchte über die Borschauer Mission des Fürsten Thurn und Taxis: „Die Details, welchen das Dementi golt, waren unwahrscheinlich. Rußland kennt ja gut die Schwierigkeiten, welche für die gemäßigten europäischen und westlichen Kabinette aus den Rassenbestrebungen hervorgehen, um auch nur durch ein Wort die Belegenheiten einer beachtlichen Macht wie Oesterreich zu vermehren. Die seit zwei Jahren mit solcher Festigkeit verfolgte Politik Oesterreichs wird die besten Resultate für die Konsolidation des Kaiserreichs, für die Ruhe und friedliche Entwicklung der benachbarten Mächte hervorbringen. Von Natur aus konservativ, wird das Petersburger Kabinett sich nicht das letzte sein, nach außen eine gegen die Integrität Oesterreichs oder der Türkei gerichtete Agitation der Rassen zu ermutigen. Wir sind demnach auch sehr unglücklich in Bezug auf die Angaben betreffend eine Allianz zwischen Rußland und Romänien. Wir haben andere Beweise als Journal-Korrespondenzen notwendig, um Rußland das Vorgehen bezugnehmend, gemeinsame Sache mit Revolutionären zu machen, welche unfähig sind, bei sich zu Hause eine ehrliche, wirtschaftliche Verwaltung zu begründen, und die auswärts für ihren abenteuerlichen Geist Nahrung suchen.“

Paris, 21. Oktober. Der Pariser Korrespondent der „Times“ theilt mit, daß nach Madrider Briefen Don Manuel Rances zum spanischen Gesandten in Berlin bestimmt sei, wo er von 1862 bis 1867 in Wien Gesandter war; Escobara sei für den Gesandtenposten in Wien auszuwählen.

Paris, 21. Oktober. Der „Gaulois“ veröffentlicht ein Schreiben Ferrand's, welches sagt, daß die Revolution von Cadix es dem Lande überlassen wolle, in Ausübung seiner Souveränität eine Regierung zu wählen, welche es für die würdigste hält. Die Häupter der Bewegung seien fest entschlossen, dem Programme der Revolution Achtung zu verschaffen. Das Schreiben bricht die Ansicht aus, daß die konstitutionelle Monarchie mit allen vereinbarten Freiheiten diejenige Regierungsform sein könnte, welche sich mit der gegenwärtigen Epoche und dem Geiste der eigenenthümlichen Landesverhältnisse am meisten im Einklange befindet.

Paris, 21. Oktober. Die „France“ und der „Standard“ sagen bezüglich der Gerüchte über angebliche Reformen im Innern, niemand habe sich ein, daß man den Kammeren vorschlagen könne, die liberalen Maßnahmen abzuschwächen, welche sie in der letzten Session beschlossen haben; andererseits wäre es vorzuziehen, diesen Maßnahmen andere hinzuzufügen, ohne den ersten Zeit gelassen zu haben, ihre natürlichen Früchte zu tragen. Der „Standard“ versichert, daß sich der Kaiser im Ministerrathe in diesem Sinne ausgesprochen habe.

Die „France“ meldet, daß sich die Minister Monstier und Vinard heute Morgens nach St. Cloud begeben und abwechselnd mit dem Kaiser gearbeitet haben.

Die „France“ commentirt das Manifest der Regierung in Madrid und sagt, daß sich die spanische Revolution durch ihre Mäßigung Sympathien errungen habe, daß aber die Mächte die Revolution nicht eher anerkennen werden, als sie nicht wissen, wohin dieselbe führen soll.

Paris, 21. Oktober. Der „Moniteur“ meldet: Die Kronprinzessin von Preußen, welche auf der Durchreise nach England Paris passirt, hat sich gestern nach St. Cloud begeben, wo sie von dem Kaiser und der Kaiserin empfangen wurde. Die Majestäten haben heute Ihrer königlichen Hoheit den Besuch im Hotel Louvre erwidert.

Telegramme aus Madrid zeigen an, daß die Junta der Hauptstadt heute eine Proklamation veröffentlicht habe, in welcher sie erklärt, daß nachdem die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Bürger vollständig gewahrt seien, es von nun an Sache der Regierung sei, die Prinzipien der Revolution anzuwenden und in Wirksamkeit zu bringen.

Die Junta erklärt sich für aufgelöst und ladet die in anderen Städten Spaniens bestehenden Juntas ein, ihrem Beispiele zu folgen.

Die Bevollmächtigten der Rheinverstaaten haben am 17. Oktober die revidirte Akte und die derselben beigefügten Verordnungen und Protokolle unterzeichnet.

Paris, 22. Oktober. Die vom „Constitutionnel“ angeführte Karte von Frankreich erscheint morgen. — Wie der „Gaulois“ meldet, schrieb der Prinz Napoleon an Prim, um demselben die Kandidatur des Prinzen Amadeus von Asta zu empfehlen.

Der Artikel der „Kreuzzeitung“ über die schiedswichtige Frage hat die Börse sehr verstimmt.

Paris, 22. Oktober. Der „Gaulois“ will wissen, daß Marquis Mac Mahon Samstag in Paris erwartet werde.

Dolja wird gleichfalls in Paris erwartet und wird die Leitung der spanischen Gesandtschaft bis zum Zusammentritt der Cortes übernehmen.

Die „Patrie“ meldet nach Privatbesuchen, daß sich der Gesundheitszustand Fuad Pascha's seit mehreren Tagen empfindlich verbessert habe.

Der „Standard“ meldet, daß der frühere spanische Vorkämpfer von heute vom Marquis de Moustier empfangen wurde.

Paris, 22. Oktober. Der „Gaulois“ behauptet, der französische Hof begünstige die fatlistischen Intrigen in Spanien.

Es wird berichtet, daß König Ferdinand von Portugal für die spanische Thronkandidatur gewonnen sei.

Paris, 22. Oktober. Der „Moniteur“ schreibt in seinem Bulletin: Die Junta von St. Sebastian schritt, bevor sie sich auflöste, zur Einsetzung eines Municipalthates, welcher berufen sein soll, provisorisch und bis zu dem Zeitpunkte zu fungiren, wo eine definitive Verwaltung durch das allgemeine Stimmrecht constituirte sein wird. Die Functionen des Alcalde wurden Graju anvertraut.

Paris, 22. Oktober. Die „France“ eröffnet aus Anlaß des Artikels der „Kreuzzeitung“ über Norddeutschland eine scharfe Polemik gegen das genannte Blatt und sagt: Es ist für die deutschen Journalen sehr schwer, der europäischen Presse zu verbieten, sich mit den Angelegenheiten Deutschlands zu beschäftigen und eine Regelung der schiedswichtigen Frage zu wünschen. Dennoch wünschen einer Berliner Korrespondenz des „Journal des Debats“ zufolge die vernünftigen Leute in Berlin eine Regelung dieser Frage. Warum sollte man also die deutsche Empfindlichkeit verletzen, wenn man in Paris dasjenige sagt, was man von Berlin schreibt.

Madrid, 20. Oktober. Das Regierungsmanifest ist erschienen und veröffentlicht in der Form einer diplomatischen Zirkulardepeche. Es enthält eine sehr lange Auseinandersetzung der Gründe, die das spanische Volk nöthigten, das Joch der südeuropäischen Dynastie abzuschütteln, gefolgt von einer Anklage gegen die Dynastie. Das Manifest sagt, das Volk müsse die verlorene Zeit einholen; das heute in Spanien existirende Prinzip der Volkssouveränität ist ein Lebensprinzip und der Lebenspuls seiner Befreiungen. Es ist demnach zu behaupten erlaubt, daß die endlich allgemein und weiter durch die Erwählten des Volkes

wurde der gewesene spanische Kaiser Ferdinand VII. seine früheren Verbrechen in Karageorgievich der zweitausend Dukaten Belgrad, Korps des seit

großer Nationalsovereän wurde, welche ein reichliches bilden oder bald

Das Rundschreiben

Kaufsfreiheit ein und

Das Rundschreiben

Convernehen zu bleib

zu erlangen. Sollte die

Nachabmung finden, die

bedroht, wir haben lei

zu legitimiren, haben u

Ziel, welches wir ver

Wörter zu bringen, in

Nationen aufhören la

die Abnung der von u

daß die an der Spi

Spanien die Beweise

werden, welche sie der

niedrigt hat.

Madrid, 21

das Defiet wegen der

berer Schulen bald zu

Die Bezirksjunte

Der Zustand des

denklich.

Man bereitet ein

Madrid, 21

der Nachricht bestätig

der Begleichung des

für sich und seine Sö

Der „Impartial

zweiten Manifestes de

Madrid, 21.

die Aufhebung der I

den spanischen Verfu

galtigkeit sind aufzube

Stärkung der neuen

Junta hat die Gericht

rene Provinzialjunte

Ein Decret des

an der Revolution ve

ten Militärs.

Ein Decret re

Wang de Paula an

animahme der ihr gel

Madrid, 22

angekünd. Die Jun

welche sie zur Fertig

Madrid, 22

halten auf.

Die amtliche

Organisation der De

Ausnahme einiger ge

hältnissen erheischt w

Durch ein Dek

Universitäten, Instit

Ein anderes Decret

gehaltet jedem Span

London, 2

Brighton zufolge, si

eingetroffen.

Die Königin I

London, 2

Telegramm aus P

demokratische Partei

gilt als gesichert

neuer, tritt zu Raub

Ein Kodel-Te

vornehmer Cuboner

mit der provisorische

London, 2

Johnson verordnete

pool, daß nichts in

handen sei, was den

geeignet wäre. In

ja die beiderseitige

Abends gab d

ritanischen Gesandte

sione betwohnen. I

des Friedens zwische

handlungen seien im

Lord Stanl

Englands ist das

tung von Angrißep

in Europa überall

sungen ein Ende ne

sind und die Staat

gegenüber werden

künftig der Zeit.

der Situation zu ü

von Vortheil sein.

erregend, aber

gegen den Krieg u

nährte Stanley M

Kopenhagen

Reichstagsadresse so

riffe die alte Treue

von Volk und Reg

Dukareff,

den zu neuen Einf

betreiben, und zw

welche durch Ober

waarenhändler aus

Belgrad,

wurde der gewesene

seiner früheren Ge

seines Betreters in

Karageorgievich der

zweitausend Dukate

Belgrad,

Korps des seit



